

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2006



Den Freihandel nicht zum Stückwerk machen

Man muss nicht gleich von einem neuen Ost-West-Konflikt sprechen. Aber das, was man Globalisierung nennt, bedeutet schon eine Herausforderung für den hochindustrialisierten „Westen“ – also Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika – durch den auf die Weltmärkte drängenden „Osten“, allen voran China und Indien. Was aus diesen Regionen an Produktivität, Kostengünstigkeit und Vermarktungsenergie in die Weltwirtschaft drängt, bringt vor allem die europäischen Sozialstaaten mit ihren vermachteten Arbeitsmärkten und ihren umlagefinanzierten Sozialsystemen in Bedrängnis.

Es könnte eine produktive Bedrängnis sein, wenn Europa mit flexibleren Arbeitsmärkten und mit Sozialreformen reagierte, die die Vorsorge mehr den Kapitalmärkten anvertraute als den Arbeitsmärkten. Doch es zeigt sich nicht nur in Deutschland, dass die Bereitschaft dazu nicht besteht. So werden wohlklingende Alternativen in Berlin, in Brüssel und anderswo erwogen. Die Stichworte finden sich in Regierungserklärungen und in allerlei ratgebenden Papieren: Bildungsoffensive, Humankapital, Spezialisierung rund um den weiten Begriff der Nachhaltigkeit. Es kommen aber Zweifel auf, ob damit Massenmärkte zu bedienen sind, die Arbeit für alle Qualifikationsstufen bieten.

So wird, erst noch leise und vereinzelt, für die Idee geworben, den „Westen“ – also wohl Europa und Amerika – in einer großen Freihandelszone zu vereinigen. Das klingt in der Tat verführerisch: „Mehr Arbeitsplätze durch freieren Handel!“ Die Sache hat jedoch einen Haken. Der Freihandel entfaltet seine wohlstandsfördernde Wirkung auf Güter- und Arbeitsmärkte verlässlich nur, wenn er weltweit gilt. Sperrt man aber die Freiheit in Zonen, dann bleiben viele draußen und es wird ungewiss, ob die nachteilige Wirkung einer Umlenkung des Handels nicht größer ist als die Wohltat seiner Ausweitung, wie die Ökonomen sagen. Daraus folgt die Lehre: Den Freihandel nicht zum Stückwerk machen.

Hans D. Barbier

Eifrige Arbeitnehmer

Eine Arbeitszeit-Studie des EU-Forschungsinstituts „European Industrial Relations Observatory“ (EIRO) erbrachte Überraschendes: In allen 25 Mitgliedstaaten der EU wurde die tarifvertraglich festgelegte Arbeitszeit überschritten, am stärksten in Deutschland und Holland. In den EU-Staaten – ohne mittel- und osteuropäische Beitrittsländer – arbeiteten die Beschäftigten im Durchschnitt 40,8 Stunden pro Woche. In den 2004 neu beigetretenen Ländern waren sogar 41,9 Wochenstunden üblich. Die tariflich vereinbarten Arbeitszeiten lagen dabei zwischen 35

Wochenstunden (Frankreich) und 40 Wochenstunden (Bulgarien und Griechenland). Deutschland war mit durchschnittlich 37,7 Wochenstunden im Mittelfeld platziert; laut EIRO arbeiteten die westdeutschen Metallarbeiter mit 35 Wochenstunden aber mit Abstand am wenigsten.

Deutschland lag auch in einem anderen untersuchten Bereich weit vorn: bei der Anzahl der bezahlten freien Tage. Durchschnittlich 30 bezahlte Urlaubstage hatten deutsche Arbeitnehmer, ebenso viele wie ihre dänischen Kollegen. Nur die Schweden durften sich über drei Tage mehr Urlaub freuen.

www.eiro.eurofound.eu.int

Jahresarbeitszeit

in Stunden

Ungarn	1 872,0
Lettland	1 848,0
Litauen	1 848,0
Polen	1 832,0
Bulgarien	1 824,0
Griechenland	1 816,0
Irland	1 801,8
EU-Durchschnitt	1 748,0
Spanien	1 747,9
Österreich	1 746,0
Zypern	1 740,4
Portugal	1 712,0
Norwegen	1 702,5
Großbritannien	1 691,9
Schweden	1 691,7
Italien	1 678,2
Deutschland	1 666,3
Frankreich	1 568,0

Quelle: European Industrial Relations Observatory

Produktive Kühe

Die Kühe in Europa produzieren zu viel Milch. In Deutschland, Italien, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, Spanien, der Tschechischen Republik und Zypern wurden im Zeitraum April 2005 bis März 2006 die Milchquoten überschritten und rund 1,2 Millionen Tonnen mehr Milch produziert als zulässig: 136,7 Millionen statt der erlaubten 135,5 Millionen Tonnen. Mehr als 90 Prozent der Überproduktion entfallen auf Italien, Polen und Deutschland.

Die deutschen Milchbauern haben laut Europäischer Kommission rund 200 000 Tonnen mehr Milch produziert, als sie nach EU-Regeln gedurft hät-

ten. Deutsche Bauern müssen deshalb voraussichtlich 62 Millionen € Strafe an die EU-Kommission zahlen. Noch größer fiel der Überschuss in Italien und Polen aus: Gegen diese beiden Staaten wurden Strafen von 189 Millionen € (Italien) und 91 Millionen € verhängt. Wegen Sonderregelungen für die neuen osteuropäischen EU-Länder könnte sich Polens Strafzahlung aber noch reduzieren.

Die betroffenen Landwirte in allen neun EU-Staaten müssen mit Strafzahlungen von insgesamt 377 Millionen € rechnen. Die Überproduktion hat laut EU-Kommission aber nicht zu neuen, unverkäuflichen Milchseen geführt: Die gesamte Milch sei verkauft worden.

europa.eu/press_room/index_de.htm

Teure Mobilität

Während die durchschnittlichen Verbraucherpreise in Deutschland zwischen August 2000 und August 2006 um 10,5 Prozent gestiegen sind, erhöhten sich die Preise für Kauf und Unterhalt von Kraftfahrzeugen um 17,1 Prozent. Mit einer Steigerung von 22,5 Prozent legten die Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr noch stärker zu. Etwas moderater verteuerten sich die Fahrkarten im Fernverkehr der Deutschen Bahn AG: Die Bahntickets wurden in den sechs Jahren um 17,2 Prozent teurer. Wer in den letzten Jahren auf das Fahrrad umgestiegen ist, hat Grund zur Freude: Die Preise für Drahtesel verteuerten sich lediglich um 0,8 Prozent.

www.destatis.de/presse/deutsch/

Höhere Mehrwertsteuer: Risiken und Nebenwirkungen inklusive

Zum 1. Januar 2007 steht eine Mehrwertsteuererhöhung an. Sie wird großen Einfluss auf das Konsumverhalten und das Investitionsklima haben. Die Auswirkungen sind im einzelnen allerdings nur schwer abzuschätzen.

So etwas wie eine Mehrwertsteuer gab es schon im Altertum – in China ebenso wie in Ägypten oder im Römischen Reich. In den mittelalterlichen deutschen Städten hatten sich aus verschiedenen Abgaben „Umsatzgelder“ mit Steuercharakter entwickelt. Sie wurden jedoch nur erhoben, wenn besondere Aufgaben zu finanzieren waren. Erst 1916 wurde in Deutschland eine systematische Umsatzbesteuerung eingeführt.

Das „Umsatzsteuergesetz“ von 1918 erweiterte die Steuerartbestände. Fielen zunächst nur Verkäufe und gewerbliche Leistungen unter die Steuerpflicht, wurden nun auch Leistungen der freien Berufe – Künstler, Journalisten etc. – und sogar der Eigenverbrauch besteuert. Der Staat versuchte, möglichst jeden Umsatz steuerlich zu erfassen. Jede Zulieferung, jeder Verkauf – gleichgültig, ob Rohstoff, Vor- oder Endprodukt – wurde umsatzsteuerpflichtig.

„Lawinen-“ statt Umsatzsteuer

Bis 1967 war die Umsatzsteuer als sogenannte Allphasen-Bruttoumsatzsteuer konzipiert. Jeder Produzent musste vier Prozent von seinem Umsatz an den Staat abführen, das heißt: Wenn ein Gut im Fertigungsprozess Produktionsstätte nach Produktionsstätte durchlief, fiel die Um-

satzsteuer mehrfach an. Das brachte der Umsatzsteuer den Namen „Lawinensteuer“ ein. Großunternehmen, die von der Rohstoffbeschaffung bis zur fertigen Ware alle Herstellungsstufen im eigenen Unternehmen abwickelten, hatten den Vorteil, dass ihre Produkte nur einmal besteuert wurden. Unternehmen, die sich spezialisierten und in Arbeitsteilung mit anderen Spezialunternehmen produzierten, waren im Nachteil: Für jeden einzelnen Produktionsschritt musste Umsatzsteuer abgeführt werden. Fast schon zwangsläufig führte das dazu, dass die Regelung mehr und mehr durchlöchert wurde. Zum Schluss gab es rund 420 Ausnahmeregelungen.

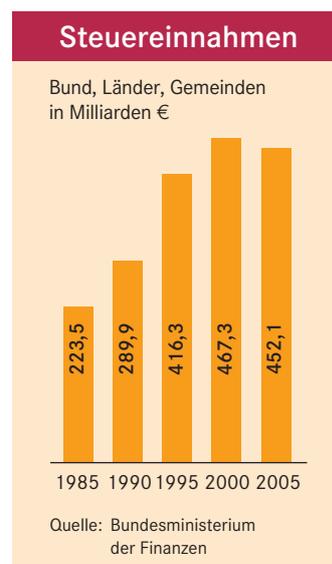
Im Januar 1968 wurde ein neues Umsatzsteuergesetz

rechtskräftig. Die Umsatzsteuer heißt seitdem Mehrwertsteuer, weil nur noch die Umsätze in Höhe der jeweiligen Wertsteigerung versteuert werden. Jedes Unternehmen schlägt die Mehrwertsteuer auf seine Leistungen auf, und jedem ist es gestattet, die von den Vorlieferanten in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer von der eigenen Steuerschuld abzuziehen. So wird nur der jeweils tatsächlich entstandene Mehrwert versteuert.

Mehrwertsteuer-Ausnahmen

Von ihrer wirtschaftlichen Wirkung her betrachtet, ist die Mehrwertsteuer eine Besteuerung des Verbrauchs. Anders als die Einkommen- bzw. Lohnsteuer, die jeder gemäß seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlt, ist die Mehrwertsteuer für alle und für ziemlich alles gleich. Ob ein Allergewürst oder ein Luxusgut gekauft wird, ob der Käufer arm oder reich ist: Immer fällt der gleiche Steuersatz an. Und noch eine Besonderheit: Kein Käufer muss eine „Mehrwertsteuer-Erklärung“ abgeben, denn die Steuer fließt aus der Kasse der Unternehmen ans Finanzamt.

Doch nicht jeder Verbrauch wird tatsächlich besteuert. Bestimmte Produkte und Leistungen sind von der Mehrwertsteuer befreit, zum Beispiel Mieten, Arztbesuche





„Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar. Nur stabile Preise gewährleisten, dass sich einzelne Bevölkerungskreise nicht zu Lasten anderer bereichern.“

Ludwig Erhard

oder Briefmarken. Ebenso fallen Lieferungen in Länder innerhalb und außerhalb der EU oder Umsätze, die von anderen Steuergesetzen erfasst werden – Grunderwerbsteuergesetz, Versicherungsteuergesetz, Rennwett- und Lotteriegesetz –, nicht unter die Steuerpflicht. Auch der Verkauf von Privat an Privat ist Mehrwertsteuerfrei.

Eine weitere Ausnahme betrifft sogenannte Kleinunternehmer: Wird eine bestimmte Umsatzgrenze nicht erreicht, entfällt die Steuerzahlung. Kleinunternehmer ist jeder, dessen Bruttoeinnahmen im vorangegangenen Jahr 17 500 € nicht überstiegen haben und im laufenden Jahr nicht über 50 000 € steigen.

Daneben sind bestimmte Waren aus sozialen, gesundheitspolitischen oder kulturellen Gründen mit einem ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent belegt. Dieser Katalog ist umfangreich. Er umfasst Lebensmittel, Bücher und Zeitungen, den öffentlichen Personennahverkehr, Blumen, Tiernahrung und anderes mehr. Auch für Umsätze von Institutionen, die gemeinnützig, sozial oder kirchlich tätig sind, gilt der siebenprozentige Steuersatz.

Eine ergiebige Steuerquelle

Die Mehrwertsteuer entwickelte sich im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte zu einer ergiebigen Geldquelle für den Staat. Sie verschafft dem Bundesfinanzminister nach der Einkommensteuer – diese erbrachte im Jahr 2005 Steuereinnahmen von rund 211 Milliarden € – das zweit-

stärkste Steueraufkommen. Im Jahr 1968 lag der Mehrwertsteuersatz bei zehn Prozent; die Einnahmen aus der Umsatzsteuer beliefen sich auf rund 13 Milliarden €. Heute beträgt der Mehrwertsteuersatz 16 Prozent, die Umsatzsteuereinnahmen betragen im vergangenen Jahr knapp 140 Milliarden €.

Mit der ab Januar 2007 beabsichtigten Anhebung auf 19 Prozent erwartet Bundesfinanzminister Peer Steinbrück nun Steuermehreinnahmen von 19,4 Milliarden € im kommenden Jahr. 2009 sollen mit der erhöhten Mehrwertsteuer sogar 23,3 Milliarden € mehr eingenommen werden. Ein Drittel dieser Mehreinnahmen ist für die Sanierung und Konsolidierung des Bundeshaushaltes vorgesehen. Ein Drittel geht an die Bundesländer. Ein Drittel erhält die Bundesagentur für Arbeit, damit die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden können.

Wer bezahlt die höhere Mehrwertsteuer?

Die Mehrwertsteuererhöhung wird den Verbrauch ab 2007 also jährlich mit rund 20 Milliarden € belasten. Das wirft die Frage auf, wer dieses Geld aufbringen muss. Die Mehrwertsteuer wird von den Unternehmen abgeführt, aber die Unternehmen schlagen die Steuer in der Regel auf ihre Rechnung auf und geben sie damit an die Verbraucher weiter. Steigt der Steuersatz, verursacht die Steuererhöhung zwangsläufig Preiserhöhungen. Andererseits unterliegen die meisten Güter des täglichen Bedarfs jedoch dem er-

Mehrwertsteuersätze		
	Regelsatz	ermäßigter Satz
	in Prozent	
ab 1.1.1968	10,0	5,0
ab 1.7.1968	11,0	5,5
ab 1.1.1978	12,0	6,0
ab 1.7.1979	13,0	6,5
ab 1.7.1983	14,0	7,0
ab 1.1.1993	15,0	7,0
ab 1.4.1998	16,0	7,0
ab 1.1.2007	19,0	7,0

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

mäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent, der nicht angehoben wird.

Sollen durch die Mehrwertsteuererhöhung tatsächlich 20 Milliarden € mehr in den Steuertopf fließen, dann muss das Steuermehraufkommen aus dem Konsum der Produkte entstehen, die dem vollen Mehrwertsteuersatz unterliegen. Den Umfragen verschiedener Forschungsinstitute zufolge sind viele Konsumenten dabei, größere Käufe noch in diesem Jahr durchzuführen. Vor allem die einkommenschwächeren Haushalte und allein lebende ältere Verbraucher wollen die Mehrwertsteuererhöhung mit vorgezogenen Käufen von Haushaltsgeräten, Möbeln und Unterhaltungselektronik unterlaufen. Das lässt sich unter anderem am „Konsumklima-indikator“ der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg ablesen. Auch der Automobilhandel und die Bauindustrie melden derzeit höhere Umsätze, die aus dem Vorzieh-Effekt resultieren.

Nicht absehbare Entwicklungen

Vom 1. Januar 2007 an muss die Erhöhung gezahlt werden.

Konsumforscher gehen davon aus, dass es Herstellern und Händlern dann nicht gelingen wird, die Anhebung der Mehrwertsteuer in voller Höhe an die Verbraucher weiterzugeben. Die Verbraucher werden entweder weniger einkaufen oder auf preisgünstigere Produkte ausweichen. Die Unternehmen werden entweder weniger verkaufen oder auf einen Teil ihres Gewinns verzichten müssen. Beides hätte gravierende wirtschaftliche Auswirkungen. Die Unternehmen werden ihre Produktions- und Investitionspläne an die veränderte Nachfrage anpassen. Sie werden weniger produzieren, und das bedeutet: steigende Arbeitslosigkeit. Wer keine Arbeit hat, kann weniger konsumieren.

Wenn die Mehrwertsteuererhöhung in einen solchen Teufelskreis führt, hätte das Steuermindereinnahmen zur Folge – ganz abgesehen davon, dass die von der Bundesregierung bereits verplanten Mehrwertsteuermittel fehlen würden. Das Ganze könnte zum Fiasko werden. So gesehen ist die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung wirtschaftspolitisch mehr als fragwürdig.

Andreas Schirmer



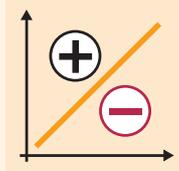
„Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist – das ist unfair. Es ist nicht gerecht, dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden.“

Franz Müntefering

IM KLARTEXT

Oktober 2006

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕
Seit April 2006 meldet Frank-Jürgen Weise, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit (BA), Monat für Monat sinkende Arbeitslosenzahlen. Die Erholung hat sich auch im September fortgesetzt: 4,238 Millionen Menschen waren offiziell als arbeitslos registriert. Das ist ein Rückgang um 134 000 gegenüber dem Vormonat August

Beschäftigung

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Millionen	
1992	29,3
1993	28,6
1994	28,2
1995	28,1
1996	27,7
1997	27,3
1998	27,2
1999	27,4
2000	27,8
2001	27,8
2002	27,6
2003	27,0
2004	26,7
2005	26,2
2006*	26,3

* Juli

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

und um 409 000 im Vergleich zum September 2005.

Viele bezweifeln diese Erfolge. Sie sagen, durch sogenannte „arbeitsmarktpolitische Instrumente“ – Qualifizierung, Ein-Euro-Job, Berufsausbildungshilfen und andere Maßnahmen – würden viele Menschen aus der offiziellen Statistik fallen, weil sie nur definitionsgemäß nicht „arbeitslos“ seien, es in Wirklichkeit aber sind. Für diesen September finden sich im Monatsbericht der Bundesagentur knapp 1,5 Millionen aus diesem Personenkreis.

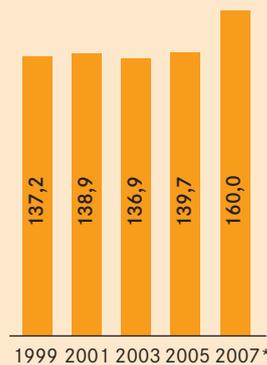
Tatsache ist jedoch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ebenfalls wächst: Zum ersten Mal seit fünf Jahren stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder.

Geldwertstabilität ⊖

Im September debattierten Bundesregierung und Opposition über den Bundeshaushalt 2007. Seitdem ist sicher: Die Mehrwertsteuer wird am 1. Januar 2007 um drei Prozent-

Steuerquelle

Mehrwertsteuer-Einnahmen in Milliarden €



* geplant

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

punkte auf 19 Prozent angehoben. Eine derart starke Mehrwertsteuererhöhung auf einen Schlag hat es bislang in Deutschland noch nicht gegeben. Mit der höheren Mehrwertsteuer schöpft der Staat rund 20 Milliarden € Kaufkraft bei den Bürgern ab – Geld, das ihnen nächstes Jahr beim Einkaufen fehlen wird. Zusätzlich werden die Preise steigen. Für den Einzelnen bedeutet das: Er kann für sein Geld weniger kaufen.

Eigenverantwortung ⊕

Das Statistische Bundesamt hat Ende September die Gesundheitsausgaben für das Jahr 2004 zusammengerechnet und die Ausgabenentwicklung über zehn Jahre untersucht. In den Berechnungen fällt eines besonders auf: Von 1995 bis 2004 ist der Anteil der gesetzlichen Krankenkassen an den Gesundheitsausgaben von 60 auf 56 Prozent gesunken. Dagegen haben die Privathaushalte seit 1995 ihre Eigenleistung um fast 70 Prozent gesteigert. Ihr Anteil an den Gesundheitsausgaben stieg von knapp zehn auf rund 14 Prozent.

Gesundheitsausgaben

in Milliarden €

	1995	2004
Krankenvers.*	112,5	131,6
Pflegevers.*	5,3	17,6
Rentenvers.*	4,3	3,5
Unfallvers.*	3,4	3,9
Privathaushalte	19,0	32,1
Private KV	14,3	21,0
Staat	19,9	14,5
Arbeitgeber	7,8	9,7
Gesamt	186,5	233,9

* gesetzliche Versicherungen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance / dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard